

Apropos 89:

Die Welt, in der wir leben: Hunger, Tod, Luxus – und Rudolf Steiner

Eine «wirkliche Menschenkenntnis» zur Welt, in der wir leben, zeigt nach Rudolf Steiner: Der «Egoismus ist einmal zunächst ein Teil der Menschennatur. Und das führt dazu, dass er sich im Gefühl des Menschen regt, wenn dieser innerhalb der Gesellschaft mit anderen zusammen leben und arbeiten soll. Mit einer gewissen Notwendigkeit führt dies dazu, dass in der Praxis die meisten eine solche gesellschaftliche Einrichtung für die beste halten werden, durch welche der einzelne seine Bedürfnisse am besten befriedigen kann. So bildet sich unter dem Einfluss der egoistischen Gefühle ganz naturgemäß die soziale Frage in der Form heraus: welche gesellschaftlichen Einrichtungen müssen getroffen werden, damit ein jeder *für sich* das Erträgnis seiner Arbeit haben kann?» Eine soziale Ordnung, welche auf Wohlwollen und Menschenmitgefühl sich aufbauen will, wird als ein Übel angesehen. «Man rechnet vielmehr damit, dass das Ganze einer menschlichen Gemeinschaft am besten gedeihen könne, wenn der Einzelne den «vollen» oder den größtmöglichen Ertrag seiner Arbeit auch einheimen kann.»¹ Gegenüber dieser heute üblichen Auffassung zeigt der «Okkultismus, der auf eine tiefere Erkenntnis des Menschen und der Welt begründet ist», dass «alles menschliche Elend lediglich eine Folge des Egoismus ist, und dass in einer Menschengemeinschaft ganz notwendig zu irgendeiner Zeit Elend, Armut und Not sich einstellen müssen, wenn diese Gemeinschaft in irgendeiner Art auf dem Egoismus beruht.»²

Not und Elend

Wie solches Elend und solche Not aussieht, erleben wir sozusagen jeden Tag.

- Weltweit leiden rund 870 Millionen Menschen an Hunger, also etwa jeder achte Erdenbürger. Laut dem Welternährungsprogramm der UNO sterben an den Folgen von Hunger und Unterernährung mehr Menschen als an HIV/AIDS, Malaria und Tuberkulose zusammen, das sind jedes Jahr etwa 8,8 Millionen, was einem Todesfall alle drei Sekunden entspricht. Häufig sind Kinder betroffen, jedes vierte in Entwicklungsländern ist untergewichtig. Die meisten Hungernden leben in Asien und der Pazifikregion (524 Millionen), gefolgt von Afrika südlich der Sahara (206 Millionen). Auch in Lateinamerika (52 Millionen), dem Nahen Osten (38 Millionen) und vielen osteuropäischen Ländern ist Hunger ein Problem. Die meisten Hungernden leben in sogenannten Ent-

wicklungsländern (820 Millionen), wo Familien oft bis zu 70% ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben müssen. Was geschieht, wenn die Preise etwa durch Rohstoffspekulationen in die Höhe getrieben werden – was in der letzten Zeit immer wieder geschehen ist –, kann man sich leicht ausmalen. Man kann es kaum glauben, aber auch in den USA hungern Menschen, im Jahr 2005 waren es 10,8 Millionen. Insgesamt waren es gar 35 Millionen, also jeder achte US-Amerikaner, die «Schwierigkeiten hatten, sich zu ernähren». Offiziell gibt es jedoch keine «Hungernden», da die Regierung der USA seit November 2006 von Menschen mit «sehr geringer Nahrungssicherheit» spricht. Laut der Hilfsorganisation *New York Food Bank* hatten 2008 drei (von acht) Millionen New Yorker nicht genug Geld für Lebensmittel; 2007 nahmen 1,3 Millionen New Yorker die Hilfe von Suppenküchen in Anspruch. Der Bericht «Hunger in America 2010» der Hilfsorganisation *Feeding America* hält fest, dass 37 Millionen Menschen in den USA, davon 14 Millionen Kinder und drei Millionen Senioren, nicht genug zu essen bekommen.

Tod durch Raffgier

- Tote gibt es auch durch unmittelbare Raffgier. Zum Beispiel: Beim Einsturz eines achtstöckigen Gebäudes mit mehreren Textilfabriken in Bangladesch sind im April 1127 Menschen ums Leben gekommen, 2438 wurden verletzt. Das Hochhaus beherbergte mehrere kleine Textilfabriken, Geschäfte und eine Bank. Offenbar wurden schon am Vortag Risse im Gebäude festgestellt, weshalb die Polizei ein Verbot ausgesprochen hatte, in dem Gebäude zu arbeiten. Doch dieses Verbot ist ignoriert worden, weil die Fabrikbesitzer die Arbeiter(innen) zwangen, die Produktion fortzusetzen. Hochhauseinstürze sind im südasiatischen Bangladesch keine Seltenheit. Vielfach werden Bauarbeiten illegal und mit minderwertigem Material ausgeführt. Korruption verhindert effektive Sicherheitskontrollen. Dasselbe gilt für den Arbeiterschutz. Im Billiglohnland Bangladesch produzieren gerade die Arbeiter (und vor allem Arbeiterinnen) in den rund 5000 Textilfabriken des Landes unter oft lebensgefährlichen und menschenunwürdigen Umständen – im Schnitt für weniger als 30 Euro im Monat. Erst im vergangenen November sind bei einem Feuer in einer Textilfabrik mehr als 110 Menschen ums Leben gekommen. Bei weiteren Unglücken sind insgesamt weit über 2000 Menschen ums Leben gekommen. Viele westliche Unternehmen

lassen Ware in Bangladesh schneiden: Das Land ist der zweitgrößte Textilexporteur der Welt. Die Branche ist maßgeblich für das Wirtschaftswachstum und die Entwicklung des Landes verantwortlich. Sie exportiert Güter im Wert von 20 Milliarden US-Dollar. Das ist immerhin etwas. Denn vor 40 Jahren fällt der US-Geostratege Henry Kissinger das brutale Verdikt: Bangladesh sei der «basket case» der Welt, ein schlicht hoffnungsloser Fall, eine der ärmsten Gegenden der Welt. Heute ist das Land zwar immer noch arm, aber es hat riesige Fortschritte gemacht. Die Lebenserwartung ist stark gestiegen, die Sterblichkeitsrate der Neugeborenen drastisch gesunken. Die Alphabetisierung – gerade der Mädchen – hat enorm zugenommen. Die rasante Entwicklung macht Bangladeshs Textilbarone selbstgefällig bis überheblich. Sie werfen mit Geld um sich, zahlen Hungerlöhne und geben sich als die gütigen Patriarchen, weil ihre Industrie «zentral für die Stärkung der Rolle der Frau, unabhängig Geld zu verdienen», ist – wie ein österreichischer Diplomat festhält. «Das hat den Status der Frau in der insgesamt sehr patriarchalen Gesellschaft und Familie erheblich verbessert. Ein westlicher Boykott wäre eine soziale Katastrophe.» Diese Entwicklung ist offenbar ein Fortschritt, obwohl die «Hungerlöhne» das Existenzminimum nicht decken, schon gar nicht das einer Familie. Das muss uns unsere eigene Raffgier als Konsumenten vor Augen führen. Kenner stellen fest: Wenn wir bereit wären, z.B. für ein in Bangladesh hergestelltes T-Shirt einen Euro mehr zu bezahlen, könnten die dortigen Arbeiter mit der Produktion wenigstens ihr Leben fristen – vorausgesetzt, der Euro kommt bei ihnen auch an. Das Unglück scheint bei aller Tragik doch einen Hoffnungsschimmer zu bewirken. Unter dem Druck von 800 000 Unterschriften auf der firmeneigenen Website hat die schwedische Billig-Kleider-Kette H&M als Erste das «Bangladesh-Feuer- und Sicherheitsabkommen» unterzeichnet; Millionen von Konsumenten in aller Welt haben innert drei Wochen mit Online-Petitionen erreicht, dass 38 weitere westliche Textilhersteller mitmachen. Sie versprechen, dass sie in Zukunft nur noch Kleider aus Fabriken beziehen, die sicherheitstechnischen Mindeststandards genügen. Wo dies heute nicht der Fall ist, kommen sie für Renovation und Instandstellung auf.

Leben in Armut

- «Working poors», also Menschen, die einer regelmäßigen Arbeit nachgehen, davon aber nicht leben können, gibt es nicht nur in Bangladesh, sondern auch in Europa, sogar in Deutschland und in der Schweiz. In Deutschland und in der Schweiz betraf das 2012 etwa sieben Prozent der Berufstätigen, die ihren Lohn mit Sozialhilfe «aufstocken» lassen mussten, um einigermaßen leben zu können. Auffallend viele von ihnen sind Alleinerzie-

hende und Familien mit mehreren Kindern. In Deutschland hat die Einkommensungleichheit zwar in den letzten Jahren etwas abgenommen, dennoch ist Armut weiterhin weit verbreitet: Etwa jeder sechste Einwohner (15,8 Prozent) galt 2010 als arm oder armutsgefährdet. Das waren 1,1 Prozentpunkte weniger als der EU-Mittelwert. In der Schweiz leben fast 900'000 Menschen in Armut. Rund 260'000 davon sind Kinder. Kinder unter 18 Jahren sind jene Altersgruppe, die am häufigsten von Sozialhilfe abhängig ist. In den Städten leben fast zehn Prozent der Minderjährigen von Sozialhilfe. Insgesamt sind 14,6 Prozent der in der Schweiz lebenden Bevölkerung armutsgefährdet. Die Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) und das UNO-Kinderhilfswerk Unicef gehen davon aus, dass in der Schweiz 9,4 Prozent der Kinder in relativer Armut leben. Armut bedeutet nicht nur Geldmangel. Es ist eine prekäre Lebenslage, die von Existenzängsten, gesundheitlichen Problemen, engen Wohnverhältnissen und sozialer Isolation geprägt ist. Kinder sind besonders häufig von Armut betroffen. Sie laufen große Gefahr, auch als Erwachsene in Armut zu leben. Die Unicef stellt fest: «In einem reichen Land ist die Lage der Kinder nicht automatisch besser als in einem ärmeren». So sind etwa im krisengeschüttelten Portugal relativ gesehen weniger Kinder von Armut betroffen als in den USA. Das größte Problem der Kinderarmut sei, dass die betroffenen Kinder die Konsequenzen dieser Ungleichheit ein Leben lang spürten: Mangelnde finanzielle Mittel beeinflussten nicht nur das Entwicklungspotential, sondern auch die Sozialisation und die Bildungsmöglichkeiten des Kindes. Gleichzeitig zeige der Ländervergleich, dass Kinderarmut nicht unvermeidbar sei, sondern «maßgeblich von politischen Entscheidungen beeinflusst» werde. Schon allein im vergleichsweise reichen Europa kann man noch einiges an Not und Elend beobachten. Die meisten Armen gab es in Bulgarien, Rumänien, Spanien und Griechenland. In diesen Ländern war mehr als jeder Fünfte von Armut bedroht.

Luxus für 0,15% der Weltbevölkerung

Dieser Not und diesem Elend stehen enorme Geldströme, wie im letzten *Apropos* (88) gezeigt worden ist, gegenüber. Eine Ahnung der Größenordnung gibt das kürzlich aufgeflogene «Offshore Leaks». Einem Journalistennetzwerk wurde eine Datensammlung mit Millionen von Dokumenten zugespielt, welche Vermögen in zehn exotischen Steueroasen parkiert werden, um Steuern zu «optimieren» (oder zu vermeiden...). Kenner schätzen diese Geldmengen auf 20-32 Billionen (20000000000000-32000000000000) US-Dollar. Einen anderen Anhaltspunkt gibt die internationale Vermögensstatistik. Weltweit gab es nach der Schätzung im

World Wealth Report 2008 (für das Jahr 2007) etwa 10,1 Millionen US-Dollar-Millionäre (selbstgenutzte Immobilien nicht eingerechnet). Zusammen halten diese 10,1 Millionen Millionäre laut dem World Wealth Report ein Nettovermögen von rund 40,7 Billionen US-Dollar (32,5% des gesamten Vermögens weltweit bei einem Anteil von 0,15% an der Weltbevölkerung), das entspricht einem Durchschnittsvermögen von 3,915 Millionen US-Dollar pro Kopf. Zum Vergleich: Das gesamte Vermögen weltweit beträgt etwa 125 Billionen Dollar. Das Land mit den meisten Dollar-Millionären sind nach dieser Schätzung die USA mit 3,1 Millionen Millionären (2007). In Deutschland gab es 2009 etwa 861.500 US-Dollar-Millionäre, in Österreich ca. 64.000 (2008), in der Schweiz ca. 395.000 (2012).

Drei grundlegende soziale Gesetze

Was ist angesichts dieser Diskrepanzen zu tun? Soll man den Superreichen das Geld wegnehmen und es an die Armen verteilen? Das wird nicht viel bringen, weil sich die Ungleichheit schnell wieder einstellen wird, wenn sich die wirtschaftliche Struktur nicht ändert – wie Rudolf Steiner gezeigt hat. Er formulierte drei grundlegende soziale Gesetze, das des Individualismus, das des Sozialismus und das «demokratische Prinzip», das er wie folgt charakterisiert: «Und da findet man, dass aus den Tiefen der Menschennatur hervorgehend seit der Mitte des 15. Jahrhunderts eben gerade diese Forderung nach Demokratie sich entwickelt hat und in den verschiedenen Gegenden der Erde mehr oder weniger befriedigt worden ist, diese Forderung: dass der Mensch in seinem Verhalten zu anderen Menschen nur dasjenige gelten lassen kann, was er selbst als das Richtige, als das ihm Angemessene empfindet. Das demokratische Prinzip ist aus den Tiefen der Menschennatur heraus die Signatur des menschlichen Strebens in sozialer Beziehung in der neueren Zeit geworden. Es ist eine elementare Forderung der neueren Menschheit, dieses demokratische Prinzip.»³ Das «Gesetz des Individualismus» nannte Steiner «soziologisches Grundgesetz»⁴. Das «Gesetz des Sozialismus» bezeichnete er als «soziales Hauptgesetz»⁵.

Das «Gesetz des Individualismus»

Als «soziologisches Grundgesetz in der Menschheitsentwicklung» formuliert Steiner: «Die Menschheit strebt im Anfange der Kulturzustände nach Entstehung sozialer Verbände; dem Interesse dieser Verbände wird zunächst das Interesse des Individuums geopfert; die weitere Entwicklung führt zur Befreiung des Individuums von dem Interesse der Verbände und zur freien Entfaltung der Bedürfnisse und Kräfte des Einzelnen.» Nun stellt sich die Frage: «Welche Staats- und Gesellschaftsform kann die allein erstrebenswerte sein, wenn alle soziale Entwick-

lung auf einen Individualisierungsprozess hinausläuft?» Das wird ein Staat sein, der sich nicht mehr als Selbstzweck ansieht, sondern als Mittel, und «so wird er sein Herrschaftsprinzip auch nicht mehr betonen. Er wird sich so einrichten, dass der Einzelne in größtmöglicher Weise zur Geltung kommt. Sein Ideal wird die Herrschaftslosigkeit sein. Es wird eine Gemeinschaft sein, die für sich gar nichts, für den Einzelnen alles will.» Oder wie es J. G. Fichte scheinbar paradox ausgedrückt hat: «Der Staat ist dazu da, um sich selbst allmählich überflüssig zu machen.» Die «soziologische Beobachtung» zwingt dazu, «den anarchistischen Individualismus als das soziale Ideal hinzustellen». Wobei Steiner anmerkt, dass die meisten Menschen den Anarchismus «überhaupt nur in der grenzenlos blödsinnigen Form zu kennen» scheinen, «in der er durch das Gesindel der Bombenwerfer seiner Verwirklichung zustrebt».⁴

Das «Gesetz des Sozialismus»

Das «Gesetz des Sozialismus» lautet, «dass die ganze soziale Konstitution sich nur bilden kann, wenn der Einzelne im wirtschaftlichen Zusammenhange nicht lebt von demjenigen, was er selbst verdient, sondern wenn er dasjenige, was er selbst verdient, an die Gemeinschaft abgibt und wenn er wiederum aus der Gemeinschaft erhalten wird». Dieses «Gesetz des sozialen Lebens» kann «bewusst nur verwirklicht werden (...) von denjenigen, die sich aus den Verbänden herauslösen und zur Individualität werden. Diese beiden Dinge sind vielleicht abstrakt im Widerspruch; in der Realität fordern sie einander, gehören durchaus zusammen. Es müsste die Individualität sich aus den Verbänden erst herauslösen, damit aus der Individualität heraus sich das Soziale verwirklichen kann. Das ist des Rätsels Lösung in diesem Falle.»⁶

Das «Gesetz des Sozialismus» fasst er genauer in einem Aufsatz von 1905: «Nun, das soziale Hauptgesetz, welches durch den Okkultismus aufgewiesen wird, ist das folgende: «Das Heil einer Gesamtheit von zusammenarbeitenden Menschen ist um so größer, je weniger der Einzelne die Erträgnisse seiner Leistungen für sich beansprucht, das heißt, je mehr er von diesen Erträgnissen an seine Mitarbeiter abgibt, und je mehr seine eigenen Bedürfnisse nicht aus seinen Leistungen, sondern aus den Leistungen der anderen befriedigt werden.» Alle Einrichtungen innerhalb einer Gesamtheit von Menschen, welche diesem Gesetz widersprechen, müssen bei längerer Dauer irgendwo Elend und Not erzeugen. – Dieses Hauptgesetz gilt für das soziale Leben mit einer solchen Ausschließlichkeit und Notwendigkeit, wie nur irgendein Naturgesetz in Bezug auf irgendein gewisses Gebiet von Naturwirkungen gilt. Man darf aber nicht denken, dass es genüge, wenn man dieses Gesetz als ein allgemei-

nes moralisches gelten lässt oder es etwa in die Gesinnung umsetzen wollte, dass ein jeder im Dienste seiner Mitmenschen arbeite. Nein, in der Wirklichkeit lebt das Gesetz nur so, wie es leben soll, wenn es einer Gesamtheit von Menschen gelingt, solche Einrichtungen zu schaffen, dass niemals jemand die Früchte seiner eigenen Arbeit für sich selber in Anspruch nehmen kann, sondern doch diese möglichst ohne Rest der Gesamtheit zugute kommen. Er selbst muss dafür wiederum durch die Arbeit seiner Mitmenschen erhalten werden. Worauf es also ankommt, das ist, dass für die Mitmenschen arbeiten und ein gewisses Einkommen erzielen zwei voneinander ganz getrennte Dinge seien.»⁷

Wie in die Wirklichkeit umsetzen?

Nun reicht es aber nicht, «dass man ein solches Gesetz einsieht, sondern die wirkliche Praxis beginnt mit der Frage: wie kann man es in die Wirklichkeit umsetzen? Es ist klar, dass dieses Gesetz nichts Geringeres besagt als dieses: Die Menschenwohlfahrt ist umso größer, je geringer der Egoismus ist. Man ist also bei der Umsetzung in die Wirklichkeit darauf angewiesen, dass man es mit Menschen zu tun habe, die den Weg aus dem Egoismus herausfinden. Das ist aber praktisch ganz unmöglich, wenn das Maß von Wohl und Wehe des Einzelnen sich nach seiner Arbeit bestimmt. Wer *für sich* arbeitet, muss allmählich dem Egoismus verfallen. Nur wer ganz für die anderen arbeitet, kann nach und nach ein unegoistischer Arbeiter werden. Dazu ist aber eine Voraussetzung notwendig. Wenn ein Mensch für einen anderen arbeitet, dann muss er in diesem anderen den Grund zu seiner Arbeit finden; und wenn jemand für die Gesamtheit arbeiten soll, dann muss er den Wert, die Wesenheit und Bedeutung dieser Gesamtheit empfinden und fühlen. Das kann er nur dann, wenn die Gesamtheit noch etwas ganz anderes ist als eine mehr oder weniger unbestimmte Summe von einzelnen Menschen. Sie muss von einem wirklichen Geiste erfüllt sein, an dem ein jeder Anteil nimmt. Sie muss so sein, dass ein jeder sich sagt: sie ist richtig, und ich *will*, dass sie so ist.»⁸

Niemand darf zur Arbeit gezwungen werden, weil er ein Einkommen braucht

Man sieht, das «Gesetz des Sozialismus» ist sehr anspruchsvoll. Wenn Not und Elend verschwinden sollen, darf jeder Mensch nicht für sich selber, sondern nur für die Gemeinschaft arbeiten. Das kann er aber nur, wenn er diese als sinnvoll erlebt. Für die Gemeinschaft arbeiten heißt: Es darf «nicht sein, dass der Mensch bezahlt wird für seine Arbeit. Die Arbeit gehört der Menschheit, und die Existenzmittel müssen den Menschen auf anderem Wege geschaffen werden als durch Bezahlung seiner Arbeit.» Denn es ist «gleich Unheil» da, wenn der Mensch

«für seine Arbeit, je nachdem er viel oder wenig tut, also nach seiner Arbeit eben, bezahlt wird. Der Mensch muss aus anderer sozialer Struktur heraus seine Existenz haben.» Steiner bezeichnet es als «das notwendigste soziale Prinzip», dass «das Erträgnis der Arbeit von der Beschaffung der Existenzmittel völlig getrennt wird. (...) Solange nicht diese Dinge klar durchschaut werden, solange kommen wir zu nichts Sozialem.»⁹ In einem anderen Vortrag sagte Steiner: «Alles, was der Mensch so erwirbt, dass er es für seine Arbeit (...) erhält, das wird zum Unheil. Heilsamkeit ergibt sich (...) nur, wenn der Mensch nicht von seiner Arbeit, sondern aus anderen Quellen der Sozietät sein Leben zu fristen hat. (...) Das gerade wird die Arbeit wertvoll machen, dass sie nicht mehr entlohnt wird.» Denn: «Wenn jemand nicht mehr für seine Arbeit entlohnt wird, dann verliert das Geld als Machtmittel für die Arbeit seinen Wert. Es gibt kein anderes Mittel für jenen Missbrauch, der getrieben wird mit dem bloßen Gelde, als wenn überhaupt die soziale Struktur so geschaffen wird, dass niemand für seine Arbeit entlohnt werden kann, dass die Beschaffung der Existenzmittel von ganz anderer Seite her bewirkt wird. Dann können Sie natürlich nirgends erreichen, dass jemand durch das Geld in die Arbeit gezwungen werden kann.»¹⁰ Geld darf nicht als Machtmittel missbraucht werden.

Worauf es ankommt

Was Rudolf Steiner hier als soziales Gesetz darstellt, widerspricht diametral den tief verankerten Vorstellungen der meisten Menschen. Für sie muss sich Arbeit «lohnen» – in dem Sinne, dass sie möglichst viel vom Erträgnis ihrer Arbeit für sich beanspruchen können. Das ist genau so unsozial wie die ebenfalls herrschende Auffassung, dass Geld «arbeiten» muss. Steiner mahnte: «Sozialismus unter den heutigen sozialen Voraussetzungen, die antisozial sind, ist davon abhängig, dass die Menschen Geistigkeit, Seelisches in sich aufnehmen, einander verstehen können über die Sprache hin. Anders ist es unmöglich, zu einem wirklichen Sozialismus zu kommen.»¹¹

Boris Bernstein

1 Rudolf Steiner, GA 34, S. 211.

2 Rudolf Steiner, GA 34, S. 212.

3 Rudolf Steiner, GA 332a 26.10.1919.

4 Rudolf Steiner: «*Freiheit und Gesellschaft*», GA 31.

5 Rudolf Steiner: «*Anthroposophie und Soziale Frage*», GA 34.

6 Rudolf Steiner, GA 337b 9.8.1920.

7 Rudolf Steiner, GA 34, S. 213.

8 Rudolf Steiner, GA 34, S. 214-15.

9 Rudolf Steiner, GA 185a, 24.11.1918.

10 Rudolf Steiner, GA 186, 30.11.1918.

11 Rudolf Steiner, GA 192 13.7.1919.